

Hassane Boukar: Niger, neuer Polizist der EU

Hassane Boukar von der Abteilung Politik des Journalistennetzwerkes „Alternative Espaces Citoyens du Niger“ beschäftigt sich seit langem mit der Migrationsthematik und steht in engem Austausch mit den medico-Partnerorganisationen AME in Mali und AMDH in Mauretanien. In einem regionalen Netzwerk setzen sie sich ein für mehr Transparenz in Migrationskontrolle und -management.

Niger ist dabei, seinen maghrebischen Nachbarn die Schau zu stehlen, wenn es um die Kriminalisierung von MigrantInnen geht. Unter dem Druck der Europäischen Union hat Niamey den wiederholten Forderungen der westlichen Länder nachgegeben, die Migration von AfrikanerInnen Richtung Europa durch ein Arsenal von aggressiven Maßnahmen einzudämmen. Die nigrische Regierung hat diese merkwürdigen Entscheidungen ohne einen nationalen Dialog getroffen. Diese fortgesetzte Verschärfung just mit Amtsbeginn eines neuen Innenministers, der für seine harten Methoden bekannt ist, beunruhigt Menschenrechtsverteidiger.

Repressionen gegen Flüchtlinge

Die Häufung von katastrophalen Nachrichten im Frühsommer macht uns weiß, dass im Niger schrittweise eine neue EU-Migrationspolitik aufgebaut wird. Wir aber nicht vergessen, dass diese Politik in einer Externalisierung des Grenzregimes und im Eindämmen der Migration besteht. Seit dem tragischen Todes von 92 MigrantInnen in der Sahara im Oktober 2013, verstärken die politischen Autoritäten ihre feindseligen Handlungen gegenüber den Reisenden. Wir erinnern uns an den Zeitpunkt, als die nigrische Regierung ein Bündel von repressiven Maßnahmen angekündigt hat, das unter anderem die Verhaftung und Abschiebung von MigrantInnen, das Schließen ihrer notdürftigen Gemeinschaftsunterkünfte sowie das Verbot, Passagiere in Richtung Norden mitzunehmen, beinhaltet.

Heute ist mit Hassoumi Massaoudou ein Mann an der Spitze des Innenministeriums, der für seine exzessive Gewaltanwendung bekannt ist, und Niger hat schweren Geschütze heraus geholt, um den Forderungen des Nordens nachzukommen. Dieser Übereifer lässt einige MitbürgerInnen glauben, das Land sei zum neuen Polizisten der EU geworden, mit Regierenden, die entschieden sind, alle Mittel, einschließlich militärischer, zu gebrauchen, um zu verhindern, dass MigrantInnen an europäischen Küsten Schiffbruch erleiden.

Illegalisierung von Schleusung und Grenzübertritt

Seit Anfang des Jahres hat Niamey drakonische Maßnahmen gegenüber MigrantInnen verstärkt. Der erste repressive Akt ist das am 11. Mai 2015 durch das nigrische Parlament beschlossene Gesetz über das unerlaubte Schleusen von MigrantInnen. Das Gesetz wurde im Beisein von Justizminister Marou Amadou von 82 Abgeordneten während einer Debatte im Plenarsaal verabschiedet. Theoretisch hat dieses Gesetz drei Ziele: Vorbeugung und Bekämpfung der illegalen Schleusung von MigrantInnen; Förderung und Erleichterung der nationalen und internationalen Zusammenarbeit, um diese Ziele zu erreichen; und Schutz der Rechte von MigrantInnen gegenüber Schleusern.

Bei der Einführung dieses Gesetzes erklärte der Justizminister im Namen der Regierung, dem Gesetzentwurf liege die Sorge zugrunde, über ein Instrument zu verfügen, das es gestattet, MigrantInnen zu unterstützen, aber insbesondere die "Bekämpfung der unautorisierten Einwanderung durch straf-

rechtliche Sanktionen gegen den illegale Grenzübertritt" zum Ziel hat. Amadou wies darauf hin, dass der Gesetzesentwurf von VertreterInnen der Zivilgesellschaft und betroffenen Verwaltungen vom 30. April bis zum 2. Mai 2013 in Dosso redigiert wurde.

Zivilgesellschaft getäuscht und übergangen

Interessanterweise wurde jedoch keine der für eine Beschäftigung mit dem Thema bekannten Organisationen zu dem Treffen eingeladen. Tatsächlich hatte der Justizminister heimlich „seine“ eigene Zivilgesellschaft zusammengestellt, um an der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfes mitzuwirken, der in den Reihen der MenschenrechtsverteidigerInnen und MigrantInnen, also der potenziellen Opfern, Zähneknirschen hervorruft.

Der Justizminister hütete sich davor, es so zu formulieren, aber das von den Abgeordneten angenommenen Gesetz schafft die Voraussetzung für die Schaffung von „Aufnahmezentren“, die dafür bestimmt sind, irreguläre MigrantInnen vorübergehend unterzubringen, während sie auf die Abschiebung in ihre Heimatländer warten. Nach der Annahme des Gesetzes durch das Parlament ergriff der Justizminister das Wort, um zu erklären, dass "dieses Gesetz nicht beabsichtigt, die reguläre und legale Einwanderung zu verbieten, sondern dem Land die rechtlichen Mittel zu geben, um die illegale Schleusung von MigrantInnen zu verhindern, indem die Schleuser als Komplizen angegangen werden.“

Niemand sollte sich täuschen lassen! Die Mehrheit lässt sich durch die offiziellen Verlautbarungen nicht beruhigen, genauso wenig wie durch den Staatsanwalt, dem der starke Druck bewusst ist, den die europäischen Hauptstädte auf die Herkunftsländer der MigrantInnen hinsichtlich einer Eindämmung der Migration ihrer StaatsbürgerInnen Richtung Europa ausüben. Gewiss hat die tragische Odyssee in der Sahara die öffentliche Meinung gerührt, aber trotzdem kann diese Aufregung nicht die repressive Vorgehensweise der nigrischen Regierung bezüglich Migration rechtfertigen, auf die der Justizminister in seiner Darstellung verwiesen hat. In den Augen der Organisationen zur Verteidigung der Rechte von MigrantInnen sind diese Argumente verrückt und von den Autoritäten nicht allein vorgebracht, um sich ein sauberes Gewissen zu verschaffen, sondern auch, um die Öffentlichkeit zu täuschen, die alle Maßnahmen ablehnt, die Bevölkerung innerhalb von Grenzen einzusperren.

Mehr Schaden als Nutzen für Schutzbedürftige

Anstatt „Leben zu retten“, wie die Regierung und die EU die Zielsetzung der Politik beschreiben, führt die repressive Politik dazu, dass MigrantInnen andere, gefährlichere Routen benutzen und erhöht die Gefahr von Todesfällen. Es ist außerdem allgemein bekannt, dass Stacheldraht, hohe Mauern und hochmoderne Überwachungstechniken es nicht schaffen, MigrantInnen aufzuhalten. Entgegen den Behauptungen der Sensibilisierungskampagnen kennen die meisten MigrantInnen die mit der Migration verbundenen Gefahren. Einige treten die gefährliche Reise durch die Sahara trotz dieser Gefahren mehrfach an.

Insgesamt ist also leicht zu erkennen, dass die Rechtsinstrumente, die eine Verbesserung der Steuerung der Migration zum Ziel haben, mehr Schaden als Nutzen für diejenigen gebracht haben, die sie schützen sollten.

Heuchlerische Verbindung von Migration und Entwicklung

Die kollektive Heuchelei, die die Migrationspolitik in dichten Nebel taucht, wird im internationalen Diskurs über das Verhältnis zwischen Migration und Entwicklung deutlich. Während die nigrische Regierung in ihren öffentlichen Dokumenten heuchlerisch ankündigt, durch die Entwicklungsstrategie des ländlichen Raumes auf den Nutzen von Migration und den Beitrag von MigrantInnen im Niger sowie nigrischen MigrantInnen im Ausland auf die lokale Entwicklung abzielen, stehen die täglichen Handlungen der Regierung hierzu im Widerspruch.

Eine weitere kritikwürdige Aktion der politischen Autoritäten ist das grüne Licht, das Niger Ländern im Norden gibt, um Abschiebehaftzentren für irregularisierte MigrantInnen in den Regionen Agadez und Diffa aufzubauen. Das Dokument offenbart, dass Verbindungsbeamte in den wichtigsten Herkunfts- und Transitländern eingesetzt werden, wo sie für eine bessere Koordinierung der Migrationskontrolle zuständig sein und Informationen über "*die wichtigsten Entwicklungen der Migrationssituation*" sammeln sollen. Diese schlechte Neuigkeit verbreitete sich in informierten Kreisen schon seit mehreren Monaten. Aber es bedurfte der Veröffentlichung der EU-Migrationsstrategie am 13. Mai 2015 und des Besuchs des französischen Innenministers, Bernard Cazeneuve, in Niamey, um noch bestehende Zweifel verblasen zu lassen. Cazeneuve ist in den Niger gereist, um am Treffen der G5-Staaten der Sahel-Region¹, die sich im Bereich der Migration engagieren, teilzunehmen. Sie planen, mit der Unterstützung von spezialisierten Agenturen wie Europol und Frontex, „vorgelagert“ zu agieren, um „kriminelle Netze zu zerschlagen und die illegale Einwanderung wirksam zu bekämpfen“.

„Diese Zentren, die die Europäische Union in einer gemeinsamen Vorgehensweise mit dem Niger implementieren will, sollen eine Gelegenheit für die Umsetzung ehrgeiziger Entwicklungspolitiken für MigrantInnen und für die Staaten sein“, kündigte der französische Minister an. Cazeneuve spielte auf die Abschlusserklärung des EU-Treffens an, in der schwarz auf weiß erklärt wurde, dass im Niger „Zentren zur Vorbeugung der Ausreise und zur unterstützten Rückkehr von MigrantInnen entstehen sollen, die unter der Schirmherrschaft der Internationalen Organisation für Migration (IOM) stehen, die in eng mit den nigrischen Behörden zusammenarbeiten wird. Die für dieses Projekt benötigten finanziellen Mittel der EU müssen schnell identifiziert und mobilisiert werden.“ Die IOM verfügt bereits über Aufnahme- und Transitzentren in bedeutenden Städten im Norden, in Dirkou und Agadez. Das im November 2014 eröffnete Aufnahme- und Transitzentrum in Agadez hat eine Kapazität von 400 Betten und spielte eine wichtige Rolle bei der Zwangsrückführung von nigrischen MigrantInnen aus Algerien.

MigrantInnen als Verhandlungsmasse

Die Praxis der bilateralen Kooperationsabkommen mit Klauseln für die Aufnahme oder Rückführung von MigrantInnen nicht neu. In den letzten Jahren wurden MigrantInnen zu einer Art Verhandlungsmasse zwischen der EU und den Herkunftsländern. Nach der Zerstörung von Libyen, das die Rolle des Polizisten gespielt hatte, hat der Westen jetzt beschlossen, dem Niger die gleiche Rolle zukommen zu lassen, und dies durch finanzielle Anreize zu erzielen. Halten nigrische Autoritäten ihre BürgerInnen innerhalb der Landesgrenzen, so ist dem Niger europäische Unterstützung in bestimmten Bereichen

¹ Die G5-Staaten der Sahel-Region ("G5 du Sahel") ist ein Zusammenschluss von Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad in dessen Rahmen die Politik der fünf Länder in den Bereichen Entwicklung und Sicherheit besser aufeinander abgestimmt und koordiniert werden soll.

der Zusammenarbeit sicher. Tatsächlich wurde Niger in den letzten Jahren ein wichtiger Knotenpunkt für viele MigrantInnen. Etwa 50.000 Menschen durchqueren das Land jährlich. Trotz einer Reihe von Gesetzen und Initiativen zur Einschränkung der Bevölkerungsbewegungen Richtung Norden steigt die Zahl der MigrantInnen weiter.

Freiluftgefängnis Niger

Weit entfernt davon, sich mit den genannten repressiven Maßnahmen zufrieden zu geben, hat die EU Niger erneut dazu aufgerufen, in seinem Kreuzzug gegen die MigrantInnen aufs Tempo zu drücken. So soll nach dem Entwurf der neuen europäischen Migrationspolitik Niger auch nicht-nigrische Staatsangehörige, die in Europa unerwünscht sind, aufnehmen. Wenn dieser teuflische Plan wie geplant in 2016 verwirklicht wird, würde Niger ein riesiges Freiluftgefängnis für MigrantInnen werden. Momentan sind die Reaktionen der Gesellschaft auf diese Welle von Repressionen sehr zurückhaltend. Aber es ist sicher, dass die geplante Zusammenarbeit die Nervosität der NigrerInnen erhöhen wird, die den Aufbau von westlichen Militärbasen, angeblich zum Kampf gegen den Terrorismus, noch nicht verdaut haben.

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Schnell und Sabine Eckart.

Original: <http://www.alternativeniger.net/migrations-internationales/>